



Niederschrift

31. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Inklusion

Sitzungstermin:	Dienstag, 20.06.2017
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:12 Uhr
Ort, Raum:	Raum 249, Stadthaus Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Frau Imke Eisenblätter	SPD	Sitzungsleitung
------------------------	-----	-----------------

Ausschussmitglieder

Frau Kati Biesecke	DIE LINKE	
Frau Jana Schulze	DIE LINKE	
Frau Dr. Uta Wegewitz	SPD	
Herr Hans-Wilhelm Dünn	CDU/ANW	bis 20:10 Uhr
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Julia Laabs	DIE aNDERE	

sachkundige Einwohner

Frau Angela Basekow	SPD	
Frau Christiane Dreusicke	CDU/ANW	bis 20:00 Uhr
Frau Olga Gelfand	Migrantenbeirat	
Frau Dr. Gabriele Herzel	DIE LINKE	
Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	
Herr Axel Mertens	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Bertram Otto	SPD	ab 18:30 Uhr
Herr Wolfgang Puschmann	Seniorenbeirat	
Frau Monique Tinney	DIE aNDERE	

Beigeordneter

Herr Mike Schubert	Geschäftsbereich 3
--------------------	--------------------

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Frau Irene Kamenz	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
-------------------	-------------------	--------------

sachkundige Einwohner

Frau Barbara Müller	Bürgerbündnis-FDP	entschuldigt
Herr Karsten Oqueka	Potsdamer Demokraten/BVB	entschuldigt
	Freie Wähler	

Gäste:

Herr Dirk Paul	Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam
Frau Martina Trauth-Koschnik	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
Herr Frank Thomann	FB Soziales und Gesundheit
Herr Jörg Bindheim	FB Soziales und Gesundheit
Frau Karolin Kunze	FB Soziales und Gesundheit
Frau Uta Kitzmann	Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren
Frau Änne-Katrin Borns	Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.05.2017 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums
- 4 Haushalt 2017 - Halbjahresbericht
- 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 5.1 Verbesserung der Erreichbarkeit der Fallmanager für Jobcenter-Kunden
Vorlage: 17/SVV/0425
Fraktion DIE LINKE
- 5.2 Übertragung der Befugnis zur Bewirtschaftung von kommunalen
Haushaltsmitteln gemäß § 44f Absatz 4 Satz 2 SGB II
Vorlage: 17/SVV/0492
Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung
GSI (ff)
- 5.3 Seniorengerechtes Bauen
Vorlage: 17/SVV/0381
Fraktion CDU/ANW
GSI (ff)
- 5.4 Konzept für Senioreneinrichtungen
Vorlage: 17/SVV/0383
Fraktion CDU/ANW
GSI (ff)
- 5.5 Potsdam seniorengerecht gestalten
Vorlage: 17/SVV/0452
Fraktion CDU/ANW
- 6 Mitteilungen der Verwaltung
- 6.1 Auswertung des Modellprojektes Qualifizierung von Pflegeberatungsbesuchen
nach § 37 Abs. 3 SGB XI"
- 6.2 Information zur Spendensammelstelle
- 6.3 Information zum Konzept Migrationssozialarbeit

- 6.4 Information zum Großen Waisenhaus Potsdam
- 6.5 Bericht über das Treffen des Netzwerkes Gesunde Städte
- 6.6 Schulanschlussbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung
- 6.7 Erlass der Förderrichtlinie zur Durchführung der "Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung"
- 7 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die Ausschussvorsitzende, Frau Imke Eisenblätter.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.05.2017 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Frau Eisenblätter stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 7 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Frau Eisenblätter stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 23.05.2017 zur Abstimmung.

Frau Basekow verweist auf Seite 3, TOP 2 und macht deutlich, dass die Beratungsstelle auch konkret benannt werden sollte. In der Ausschusssitzung wurde zu diesem Punkt gesagt, dass dies nicht parat ist, aber im Protokoll aufgenommen wird. Sie bittet darum, derartige Ergänzungen zukünftig kenntlich zu machen.

Die Beantwortung der Frage, warum keine langfristige Ausschreibung erfolgt, bittet sie konkret in das Protokoll aufzunehmen.

Frau Dr. Herzel verweist auf einen Fehler beim Abstimmungsergebnis auf Seite 8 zur DS 17/SVV/0351.

Dies wird korrigiert. Das richtige Abstimmungsergebnis lautet wie folgt:

Zustimmung:	6
Ablehnung:	1
Stimmhaltung:	0

Frau Schulze verweist auf die Nachfrage von Frau Laabs bezüglich der Verbindung der Sozialarbeiter von „Creso“ und „Wildwuchs“ auf Seite 4 des Protokolls und fragt, ob dazu eine Information gegeben werden kann.

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass beide Träger gut zusammen arbeiten.

Frau Tinney bittet um Informationen bezüglich der Erstattung der Beratung von Flüchtlingen in Wohnungen.

Dies wird von Herrn Bindheim zugesagt.

Die so geänderte Niederschrift wird mit 6 Zustimmungen und 1 Enthaltung mehrheitlich bestätigt.

Anschließend bittet Frau Eisenblätter um Abstimmung über die Tagesordnung. Sie gibt bekannt, dass die Tagesordnung um zwei Punkte 6.6 „Schulanschlussbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung“ und 6.7 „Erlass der Förderrichtlinie zur Durchführung der ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung“ ergänzt wird

Herr Dünn bittet um Zurückstellung des Antrages 17/SVV/0381 „Seniorengerechtes Bauen“ (TOP 5.3), da die Drucksache auch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen zurückgestellt wurde.

Frau Schulze spricht die Themenplanung 2017 an und verweist auf die geplante Information zum Modellprojekt „Qualifizierung von Pflegeberatungsbesuchen nach § 37 Abs. 3 SGB XI“ sowie zu Fonds für mittelbare Bindungen (Potsdamer Baulandmodell), da beides heute nicht auf der Tagesordnung steht.

Herr Schubert weist darauf hin, dass die Information zum Modellprojekt „Qualifizierung von Pflegeberatungsbesuchen nach § 37 Abs. 3 SGB XI“ als TOP 6.1 auf der Tagesordnung steht.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich, in der Septembersitzung erneut die Themenplanung für 2017 zu beraten.

Frau Eisenblätter bittet um Abstimmung über die Änderungen. Den Änderungen wird einstimmig zugestimmt.

Anschließend stellt sie die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung. Der geänderten Tagesordnung wird ebenfalls einstimmig zugestimmt.

zu 3 Berichte der Beiräte und des Inklusionsgremiums

Frau Trauth-Koschnik informiert, dass zur Bildung eines neuen **Beirates für Menschen mit Behinderung** das 3. Werkstatt-Treffen stattgefunden hat. Die nächste Sitzung findet am 27.06.2017 im „oscar“ statt. Teilnehmer der Werkstatt-Treffen sind Menschen mit Behinderung, Vertreter der Verwaltung sowie der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung.

Zunächst erfolgte eine Vergangenheitsbewältigung, bei der auch beraten wurde, was zukünftig besser gemacht werden könnte. Es wurde dabei auch festgestellt, dass es eine Überforderung gab.

Die Kernaufgaben des Beirates für Menschen mit Behinderung wurden gesammelt und es wurde geklärt, dass der Beirat ein beratendes Gremium sein soll. Im nächsten Werkstattverfahren soll definiert werden, wer im Beirat sitzen darf.

Auf Nachfrage nach einem Termin für die Wahl des Beirates teilt Frau Trauth-

Koschnick mit, dass dieser noch nicht festgelegt ist.

Frau Gelfand informiert, dass der **Migrantenbeirat** derzeit bei der Vorbereitung der Veranstaltungen im Rahmen der der Interkulturellen Woche 2017 ist. Die Ausschreibung des Integrationspreises ist erfolgt. Hier bittet der Migrantenbeirat um Unterstützung, dies in der Stadt bekannt zu machen.

Herr Schubert ergänzt, dass das Halbjahresgespräch mit dem Migrantenbeirat an seinem Tisch stattgefunden hat.

Herr Puschmann berichtet, dass am 19.06.2017 mit dem Abschlusskonzert im Nikolaisaal die 24. Brandenburgische Seniorenwoche zu Ende gegangen ist. Herr Schubert hat mehrere Veranstaltungen im Rahmen der Seniorenwoche begleitet. Die Veranstaltungen wurden sehr gut von der Potsdamer Gesellschaft generationsübergreifend angenommen.

Herr Puschmann dankt allen Organisationen und Vereinen, die diese Seniorenwoche mitgetragen und Veranstaltungen angeboten haben.

Er teilt mit, dass der **Seniorenbeirat** bereits im September mit den Vorbereitungen für die 25. Brandenburgische Seniorenwoche 2018 beginnt.

Herr Puschmann berichtet, dass die Besetzung der Stelle im Seniorenbüro große Fortschritte gemacht hat. Es liegen 68 Bewerbungen vor.

Der Seniorenbeirat hatte ein Quartalsgespräch mit dem Beigeordneten, in dem u.a. die weitere Zusammenarbeit besprochen wurde. Der Seniorenbeirat soll zukünftig rechtzeitig in relevante Vorgänge einbezogen werden.

Herr Puschmann verweist auf den Antrag 17/SVV/0381 der Fraktion CDU/ANW, der heute zurückgestellt wurde und macht deutlich, dass die Forderungen des Antrages bereits im Seniorenplan enthalten sind.

Herr Schubert spricht den Mitgliedern des Seniorenbeirates seinen Dank für die Ausrichtung der 24. Seniorenwoche aus.

Herr Puschmann betont, dass das Abschlusskonzept nur mit Hilfe der finanziellen Unterstützung durch die Landeshauptstadt Potsdam durchgeführt werden konnte.

Herr Schubert verweist auf die aktive Unterstützung durch den Fachbereichs Soziales und Gesundheit, insbesondere durch Frau Kitzmann und ihre Mitarbeiter/-innen.

Herr Schubert betont, dass die Besetzung der Stelle schnellstmöglich erfolgen soll, aber auch davon abhängig ist, wie schnell der oder diejenige den Dienst aufnehmen kann.

Frau Kitzmann teilt mit, dass die Auswahlgespräche am 04.07.2017 unter Beteiligung des Seniorenbeirates und Frau Trauth-Koschnik stattfinden.

Auf Nachfrage erklärt Herr Puschmann, dass er so lange es ihm gesundheitlich möglich ist, Vorsitzender des Seniorenbeirates des Landes Brandenburg und auch Vorsitzender des Seniorenbeirates der Landeshauptstadt Potsdam bleiben wird.

Zur Ehrenamtskarte teilt er mit, dass in dem geplanten Gespräch mit dem Ministerpräsidenten auch die Ehrenamtskarte thematisiert werden soll.

zu 4 Haushalt 2017 - Halbjahresbericht

Herr Schubert erklärt, dass heute lediglich ein Zwischenbericht zum Haushalt 2017 gegeben werden soll.

Frau Kunze (FB Soziales und Gesundheit) geht eingangs auf die aktuelle Prognose 2017 ein. Sie gibt eine Übersicht über die Produkte, die den Zuschuss beeinflussen. Dann geht sie auf die Zuschussminderung bei den Hilfen zur Pflege ein, erklärt die Zuschussminderung bei der Grundsicherung im Alter sowie im Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende im SGB II. Sie erklärt die Zuschusserhöhung bei den Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz sowie für die Einrichtungen für Aussiedler. Bei allen dargestellten Produkten stellt sie auch die Chancen und Risiken dar.

Frau Dr. Wegewitz bittet um Ausreichung der Präsentation als Anlage zum Protokoll. Dies wird von Herrn Schubert zugesagt.

Herr Schubert verweist auf die Zuschussminderung in Höhe von 1,2 Mio. EUR, die im Vergleich zum Gesamthaushalt des FB 38 sehr gering sind. Er betont, dass heute nur die Bereiche vorgestellt wurden, bei denen sich Risiken abbilden. Der Halbjahresbericht wird jetzt regelmäßig gegeben. Es können bei Bedarf auch weitere Bereiche in die Darstellung aufgenommen werden.

Frau Basekow bittet beim nächsten Halbjahresbericht um Aufnahme von Aussagen zum § 35a SGB VIII sowie zum Bildungs- und Teilhabepaket.

Frau Schulze bittet, zukünftig die Unterlagen im Vorfeld auszureichen, um sich vorzubereiten und Fragen stellen zu können. Sie fragt Frau Kunze, welche Schlussfolgerungen gezogen wurden und ob diese in die Haushaltsvorbereitungen für 2018/19 einfließen.

Frau Kunze erklärt, dass dies schon in die Planungen für den Haushalt 2018/2019 eingeflossen sind.

Frau Dr. Wegewitz lobt, dass die Information im Vorfeld der Haushaltplanung stattfindet.

zu 5 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 5.1 Verbesserung der Erreichbarkeit der Fallmanager für Jobcenter-Kunden Vorlage: 17/SVV/0425

Fraktion DIE LINKE

Frau Eisenblätter weist darauf hin, dass die Stellungnahme von Herrn Brincker zum Antrag an alle Ausschussmitglieder zusammen mit den Sitzungsunterlagen ausgereicht wurde.

Frau Schulze macht deutlich, dass die Einwahlnummer nicht wegfallen soll. Es geht in dem Antrag darum, dass für Betroffene in konkreten Fällen die Möglichkeit bestehen sollte, den Fallmanager direkt zu kontaktieren, um Zeit- und Informationsverluste zu vermeiden. Sie verweist dabei auf möglicherweise drohende Sanktionen, wenn Termine nicht wahrgenommen werden.

Herr Paul (Jobcenter Potsdam) erklärt, dass die Beratungsfachkräfte bei Beratungsgesprächen nicht an das Telefon gehen können. Es muss eine ungestörte Beratungsatmosphäre geben. Im Servicecenter wird zu jedem Telefonat ein Vermerk erstellt. Die Servicecenter haben auch die Befugnis, Ersatztermine zu vergeben, wenn ein vereinbarter Termin nicht wahrgenommen werden kann.

Er betont, dass grundsätzlich vor jeder Sanktion eine Anhörung durchgeführt wird. Sanktionen erfolgen nicht auf der Grundlage eines Vermerkes zu einem Telefonat.

Im Leistungsbereich wird spätestens nach 5 Werktagen eine Reaktion gegeben. Dies wird auch regelmäßig ausgewertet und liegt auch im Eigeninteresse.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt Frau Eisenblätter den vorliegenden Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die städtischen Vertreter der Trägerversammlung werden gebeten, gemeinsam mit den Vertretern der Bundesagentur in der Trägerversammlung ein Verfahren zu entwickeln, um einen schnelleren und direkteren Zugang der Kundinnen und Kunden zu ihrem Fallmanager zu ermöglichen. Dieser Verfahrensvorschlag soll unter Berücksichtigung folgender Punkte erfolgen:

1. Die telefonische Erreichbarkeit sowohl der Fallmanager als auch des Servicecenters soll nicht gebührenpflichtig sein.
2. Die Anrufe und Anliegen der Kunden, z. B. kurzfristige Absagen von Terminen, sollen dokumentiert werden.
3. Die telefonischen Anfragen der Kunden sollen schnellstmöglich und fachlich qualifiziert beantwortet werden.

Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung Potsdam im November 2017 mitgeteilt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	3
Ablehnung:	3
Stimmenthaltung:	1

zu 5.2 Übertragung der Befugnis zur Bewirtschaftung von kommunalen Haushaltsmitteln gemäß § 44f Absatz 4 Satz 2 SGB II

Vorlage: 17/SVV/0492

Oberbürgermeister, GB Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung
GSI (ff)

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) bringt die Drucksache ein und gibt Erläuterungen. Er betont, dass die Rechtmäßigkeit der Begleichung hergestellt werden muss.

Frau Schulze fragt, ob die abzuschließende öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen auch dem GSI-Ausschuss vorgestellt werden kann.

Sie bittet um nähere Informationen, bezüglich der Forderungseinzüge.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Übertragung der Befugnis zur Bewirtschaftung von kommunalen

Haushaltsmitteln gemäß § 44 f Absatz 4 Satz 2 Sozialgesetzbuch II, soweit diese Aufgaben die Kassengeschäfte nach § 38 Absatz 1 Kommunale Haushalts- und Kassenverordnung betreffen, an das Jobcenter Landeshauptstadt Potsdam.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 5.3 Seniorengerechtes Bauen

Vorlage: 17/SVV/0381

Fraktion CDU/ANW
GSI (ff)

Der Antrag wird zurückgestellt.

zu 5.4 Konzept für Senioreneinrichtungen

Vorlage: 17/SVV/0383

Fraktion CDU/ANW
GSI (ff)

Herr Dünn bringt den Antrag ein.

Herr Schubert verweist auf den Grundsatz „ambulant“ vor „stationär“. Die ambulante Pflege in der Häuslichkeit sollte auch weiterhin in den Vordergrund gestellt werden.

Er macht auch darauf aufmerksam, dass Menschen, die im ländlichen Raum leben, oft in eine Senioreneinrichtung in der Stadt ziehen wollen. Er gibt auch zu bedenken, dass der Antrag einen Eingriff in die Belange Dritter bedeutet.

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) verweist auf das SGB XI, nach dem die Verantwortung beim Land liegt. Die Kommune kann hier nicht tätig werden.

Herr Schubert erinnert an den Runden Tisch Pflege, der zu Beginn des Jahres erstmalig durchgeführt wurde. Er schlägt vor, dies beim nächsten Termin im September 2017 zu thematisieren und dann im GSI-Ausschuss zu berichten.

Frau Schulze spricht sich für die Zurückstellung des Antrages aus. Sie weist auch darauf hin, dass die LHP keine entsprechenden Flächen zur Verfügung hat.

Frau Dr. Herzel betont, dass der Antrag das eigentliche Problem nicht trifft. Sie macht darauf aufmerksam, dass auch Pflegekräfte benötigt werden, was derzeit ein großes Problem darstellt.

Frau Tinney entnimmt der Begründung, dass es um ein Standortkonzept geht und fragt, ob denn Steuerungsinstrumente bei der Stadt in der Standortwahl gesehen werden.

Herr Dünn macht deutlich, dass nach SGB XI auch die Kommune einzubeziehen ist. Die Kommune sollte darauf vorbereitet sein. Dafür wäre ein Standortkonzept geeignet. Er stimmt der Zurückstellung zu, um die Ergebnisse des Runden Tisches abzuwarten.

Herr Schubert sagt zu, dann eine Karte mit Standorten der aktuellen Einrichtungen vorzustellen.

Frau Eisenblätter stellt die Zurückstellung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 5.5 Potsdam seniorengerecht gestalten

Vorlage: 17/SVV/0452

Fraktion CDU/ANW

Herr Schubert teilt mit, dass die Homepage der Landeshauptstadt Potsdam bezüglich des Seniorenplans nicht aktualisiert wurde. Der Seniorenplan ist aber über das Ratsinformationssystem abrufbar. Er erinnert daran, dass der Seniorenplan am 11.10.2016 und am 15.11.2016 im GSI-Ausschuss beraten wurde. Auf dessen Grundlage wird derzeit ein Aktionsplan erarbeitet.

Herr Puschmann unterstützt dies. Alle aufgeführten Punkte finden sich im Seniorenplan wieder. Diese werden jetzt aktualisiert.

Frau Schulze merkt an, dass der Seniorenplan vorliegt und jetzt der Aktionsplan erarbeitet wird. Sie bittet, dies dann auch finanziell zu untersetzen.

Frau Trauth-Koschnik weist darauf hin, dass derzeit auch der Teilhabeplan mit konkreten Maßnahmen erarbeitet wird, die finanzielle untersetzt werden. Dies sollte sinnvoll miteinander verbunden werden.

Herr Schubert sagt zu, den Seniorenplan auf der Internetseite der LHP einstellen zu lassen.

Die Ausschussmitglieder stellen fest, dass der Antrag durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

zu 6 Mitteilungen der Verwaltung

zu 6.1 Auswertung des Modellprojektes Qualifizierung von Pflegeberatungsbesuchen nach § 37 Abs. 3 SGB XI"

Frau Kitzmann (Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren) erklärt den gesetzlichen Inhalt des § 37 Abs. 3 SGB XI. Sie informiert, dass im Projekt „Gewaltfreie Pflege“ für Potsdam festgestellt wurde, dass es nur sehr wenige Möglichkeiten des Zugangs in die Häuslichkeit gibt. Deutlich mehr Menschen werden in der Häuslichkeit ausschließlich durch Angehörige ohne ambulante professionelle Pflegedienste gepflegt. Um die pflegerische Situation zu beleuchten hat der Gesetzgeber in § 37 Abs. 3 SGB XI für Pflegegeldbezieher ein Pflichtangebot normiert. Hiernach muss in regelmäßigen zeitlichen Abständen der Pflegebedürftige eine Beratung in der Häuslichkeit zulassen.

Anschließend gibt Frau Kitzmann anhand einer Powerpoint-Präsentation einen Überblick über die Prognose der Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030. Sie weist darauf hin, dass ein sehr großer Teil der Menschen in der Häuslichkeit

gepflegt werden. Es gibt bisher keine verbindlich vereinbarten Standards bei Beratungsbesuchen.

Durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) ist durch den Gesetzgeber nochmals der Auftrag erteilt worden, die Beratungsbesuche nach § 37 Abs. 3 SGB XI zu qualifizieren.

Frau Borns (Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren) spricht die Gewalt in der Pflege an und stellt die möglichen Gründe dafür dar. Sie weist darauf hin, dass es bisher kein Schutzgesetz für Seniorinnen und Senioren sowie für Menschen mit Behinderung gibt.

Ziel ist, dass sich die Pflegenden entsprechende Hilfe holen und damit entlastet werden.

Frau Kitzmann erklärt, dass die Pflegedienste bereit waren, dokumentierte Beratungsgespräche durchzuführen und diese auszuwerten. Ein strukturierter Leitfaden dazu wurde entwickelt.

Frau Borns ergänzt, dass dies zum Schluss intensiv von 6 Pflegediensten begleitet wurde.

Frau Schulze fragt, ob die Ergebnisse vorgestellt werden. Sie bittet, den Bericht als Anlage zum Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem zu hinterlegen.

zu 6.2 Information zur Spendensammelstelle

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass die Spendensammelstelle in der Haeckelstraße 74 aufgrund von Belastung der Raumluft aufgegeben werden musste. Gleichzeitig erfolgte die Eröffnung der Spendensammelstelle in Drewitz, die gut von der Bevölkerung angenommen wird.

Für die Spendensammelstelle in der Haeckelstraße 74 gibt es inzwischen über den Fachbereich Bildung und Sport das Interesse, den AC Potsdam (Gewichtheber) unterzubringen. Seit dem 01.06.2017 erfolgt die Nutzung des Objektes Haeckelstraße 74 durch die Gewichtheber, die bisher in der alten Schwimmhalle am Brauhausberg trainiert haben.

Frau Schulze bittet rechtzeitig zu prüfen, wo die Spendensammelstelle untergebracht werden kann, wenn die Nutzungserlaubnis für das Objekt in Drewitz ausläuft. Sie fragt, wie damit umgegangen wird, dass die Spendensammelstelle irgendwann nicht mehr da sein könnte.

Herr Thomann betont, dass die Spendensammelstelle sehr gut angenommen wird und auch in der Zukunft genutzt werden soll, so lange die Nutzungserlaubnis besteht.

Herr Schubert ergänzt, dass der Nutzungsvertrag für die Haeckelstraße ebenfalls befristet war. Er weist darauf hin, dass man dann prüfen müsse, ob dies als Daueraufgabe der Stadt weitergeführt werden soll oder ggf. durch Dritte übernommen werden kann.

zu 6.3 Information zum Konzept Migrationssozialarbeit

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) erinnert an die Vorstellung des Konzeptes zur Umsetzung der Migrationssozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam. Er teilt mit, dass am 23.05.2017 ein Abstimmungsgespräch dazu im MASGF stattfand. Das Abstimmungsgespräch mit den Trägern und Vertretern des Beratungsfachdienstes hat am 15.06.2017 stattgefunden. Im Ergebnis gab es zwei wesentliche Klarstellungen. Eine Klarstellung bezieht sich auf die Zielgruppe. Die zweite wesentliche Klarstellung bezieht sich auf die Betreuung der Leistungsbezieher nach dem SGB II mit Fluchthintergrund in Wohnungen. Dies wird eingearbeitet. Mit diesen Änderungen wird die Landeshauptstadt Potsdam das Konzept termingerecht zum 30.06.2017 beim Land einreichen.

Frau Tinney macht darauf aufmerksam, dass das Land in Gemeinschaftsunterkünften einen Schlüssel von 1:80 fordert. In der Landeshauptstadt Potsdam beträgt der Betreuungsschlüssel 1:60. Sie weist darauf hin, dass es für die Betreuung von Geflüchteten in Wohnungen keinen Schlüssel gibt und fragt, wie hier die Kostenerstattung durch das Land erfolgt.

Herr Bindheim erklärt, dass für die Betreuung von Geflüchteten in Wohnungen der Schlüssel 1:80 angewendet wird. Bei Einzug in die Wohnung wird ein entsprechender Beratungsgutschein ausgereicht. Der Schlüssel wird auf alle Leistungsempfänger nach Asylbewerberleistungsgesetz gerechnet.

zu 6.4 Information zum Großen Waisenhaus Potsdam

Herr Thomann (FB Soziales und Gesundheit) informiert, dass die Stiftung Großes Waisenhaus zu Potsdam der Landeshauptstadt Potsdam angeboten hat, Mieter eines neu zu errichtenden Gebäudes als Lückenschluss zu werden. Dazu gibt es derzeit Gespräche. Es wird ein Wettbewerb durchgeführt. Des Weiteren wird geprüft, ob ein zweiter Mieter Interesse an dem Objekt hat.

Herr Schubert betont, dass man sich hier ganz am Anfang der Gespräche befinde. Es gibt noch viel Diskussionsbedarf. Dies ist lediglich eine Information zum Zwischenstand.

zu 6.5 Bericht über das Treffen des Netzwerkes Gesunde Städte

Herr Bindheim (FB Soziales und Gesundheit) weist darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam bereits seit 2002 Mitglied im Netzwerk Gesunde Städte ist. Er berichtet, dass Ende Mai 2017 in Hamburg die jährliche Mitgliederversammlung stattgefunden hat. Neben der Wahl eines neuen Sprecherrates war insbesondere die Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention thematisiert. Er teilt mit, dass am 16.06.2017 der Fachtag zur Kindergesundheit stattgefunden hat, in dem Präventivmaßnahmen thematisiert wurden.

Frau Schulze macht deutlich, dass sie sich die Pressemitteilung der Landeshauptstadt Potsdam zum Fachtag zur Kindergesundheit angesehen hat. Sie betont, dass die dort angesprochenen 40 Handlungsempfehlungen erst jetzt priorisiert und finanziell untersetzt werden. Sie fragt, wo die Ergebnisse des vorhergehenden Fachtages zu finden sind.

Welche Ergebnisse gab es und welche davon wurden umgesetzt? Wer hat die Federführung hierfür?

Herr Schubert erklärt, dass in der Pressemitteilung nur 2 bis 3 Beispiele benannt wurden. Prioritär wird der Aktionsplan bearbeitet.

Nach der Sommerpause kann vorgestellt werden, in welcher Reihenfolge welche Pläne abgearbeitet werden sollen.

zu 6.6 Schulabschlussbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung

Frau Kitzmann (Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren) erinnert an die bisherigen Beratungen zur Schulabschlussbetreuung für Kinder und Jugendliche mit Behinderung. Sie weist darauf hin, dass es sich um ein Modellprojekt handelt. Zunächst soll die Maßnahme mit dem Oberlinhaus um ein Jahr verlängert werden, um den Prozess der Evaluierung der Notwendigkeit und der Etablierung in Gang zu setzen.

Die Maßnahmen müssen geeignet untersetzt werden, da es sich um freiwillige Leistungen handelt. Frau Kitzmann bittet um Unterstützung durch einen Vertreter des GSI-Ausschusses und des Jugendhilfeausschusses in diesem Prozess.

zu 6.7 Erlass der Förderrichtlinie zur Durchführung der "Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung"

Frau Kitzmann (Bereich Gesundheitssoziale Dienste und Senioren) erinnert daran, dass durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksache 17/SVV/0142 ein Antrag zur Etablierung einer unabhängigen Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung eingebracht wurde. Der im Ergebnis der Beratung zurückgezogen wurde.

Zwischenzeitlich hat das BMAS seine Richtlinienkompetenz nach § 32 Abs. 4 SGB IX wahrgenommen und die Förderrichtlinie zur Durchführung der „Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung“ bekanntgemacht.

Die Beratung verfolgt einen niedrigschwelligen Ansatz und soll daher im Sozialraum der ratsuchenden Menschen barrierefrei zur Verfügung stehen.

Um eine finanzielle Unabhängigkeit sicherzustellen, ist eine Bundesfinanzierung auf der Grundlage einer Förderrichtlinie vorgesehen und nunmehr zum 17.05.2017 in Kraft getreten. Die Förderrichtlinie regelt die (Qualitäts-)Voraussetzungen für eine Zuwendung sowie das Antrags- und Bewilligungsverfahren. Um auf bereits vorhandene Strukturen aufzubauen und damit Doppelstrukturen zu vermeiden, werden auch die Länder bei der Umsetzung der Förderrichtlinie beteiligt. Nach Pkt. 7 der Förderrichtlinie können die Länder hierzu auch die Kommunen beteiligen.

Durchgeführt werden soll die Beratung insbesondere auch von Initiativen und Verbänden, die sich um die Förderung bewerben müssen.

Abschließend teilt Frau Kitzmann mit, dass das MASGF am 26.06.2017 für Interessierte eine Informationsveranstaltung durchführt. Anträge auf Fördermittel werden bis 31.08.2017 erwartet.

zu 7 Sonstiges

Frau Eisenblätter lädt alle Mitglieder des GSI-Ausschusses zur „Langen Tafel“ am 01.07.2017 auf dem Luisenplatz ein.

Nächster GSI-Ausschuss: 05. September 2017, 18:00 Uhr

**Imke Eisenblätter
Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Schriftführerin**